

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantwortl. Redakteur
Karl H o n a y

Wien, Freitag, den 8. Februar 1924.

Wiener Gemeinderat als Landtag

Sitzung vom 8. Februar 1924.

Präsident Dr. Danneberg eröffnet um 4 Uhr nachmittags die Sitzung und teilt mit, daß StR. Breitner sein Mandat als Bundesrat zurückgelegt hat. Nach der Verfassung müßten daher alle vom Land Wien gewählten Bundesräte ihre Mandate zurücklegen und es erfolgt in der heutigen Sitzung ihre Wiederwahl. An Stelle des StR. Breitner wird in den Bundesrat als Vertreter des Landes Wien Generalinspektor Theodor Körner vorgeschlagen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.) Bei der Abstimmung werden die elf bisherigen Bundesräte wiedergewählt und an Stelle StR. Breitners der Generalinspektor Theodor Körner in den Bundesrat entsendet.

StR. Breitner berichtet sodann über eine Gesetzesvorlage, nach der eine Bestimmung des Trennungsgesetzes geändert wird, so daß mit der Liquidierung der niederösterreichischen Landeshypothekenanstalt das Land Wien betraut wird.

Die Gesetzesvorlage wird ohne Debatte in beiden Lesungen einstimmig angenommen.

GR. Täubler beantragt, daß in den Voranschlag des Wiener Fortbildungsschulfonds nachträglich ein Betrag von einer Milliarde Kronen aufgenommen wird, der nach dem neuen Fortbildungsschulgesetz dem Baufonds zufließen soll. Eine Mehrausgabe gegenüber dem Voranschlag des Jahres 1923 tritt dadurch nicht ein, weil in diesem Jahre ungefähr sieben Milliarden Kronen erspart worden sind.

GR. Panosch (chr. soz.) bemängelt, daß dieser Antrag nicht auch dem Stadtschulrat vorgelegt wurde und erklärt, daß es ganz unverständlich sei, in den Voranschlag für das Jahr 1923 diesen Betrag einzusetzen, da der Fortbildungsschulrat heute im Geld schwimme. Für ein Jahr, das schon vorüber ist, braucht man doch nicht noch eine Milliarde in den Voranschlag aufnehmen. Der Fortbildungsschulrat entfalte auch eine Parteiwirtschaft, da in dem Zentralschulgebäude, das widmungsgemäß nur Unterrichtszwecken dienen soll, eine sozialistische Partei-Schule aufgenommen worden sei. Die Christlich-Sozialen werden daher gegen diesen Antrag stimmen.

GR. Kunschak (chr. soz.): Das Ansinnen, das der Referent an uns gestellt hat, muß als ein ganz ungewöhnliches bezeichnet werden. Der Voranschlag des Fortbildungsschulrates ist längst durch Beschlüsse des Gemeinderates genehmigt worden. Das Verwaltungsjahr ist ebenfalls längst abgelaufen und es bleibt daher nichts anderes übrig, als den Rechnungsabschluss zusammen zu stellen. Nun fällt es den Herren ein, daß neben dem schon bewilligten Betrag noch ein Nachtrag eingesetzt werden soll. Das ist in der Geschichte der öffentlichen Körperschaften ein Vorgang, der seinesgleichen sucht. Es ist wirklich ungeheuerlich, daß man so etwas macht. Was soll eigentlich mit dieser neuen Post bezweckt werden? Der Fortbildungsschulrat hat wahrscheinlich ein Ergebnis erzielt, das weit darüber hinausgeht, was man dem Gemeinderat gesagt hat. Man hat damals von Defizitgefahren gesprochen und jetzt stellt es sich heraus, daß die Beiträge hoch überspannt waren und daher muß zweierlei geschehen. Der Ueberschuß soll eine Minderung erfahren und es muß die Bilanz ein bißchen frisirt werden. Ein Vorgang, der bei Banken als zulässig erkannt wird, aber beim Fortbildungsschulrat unmöglich ist. Nun hat man im letzten Jahre ein neues Fortbildungsschulgesetz gemacht, das auch bestimmte Rücklagen für den Bau von Schulgebäuden vorsieht. Wie kann es sich aber dabei darum handeln, gewisse Schiebereien durchzuführen und wir haben auch gar nichts dagegen einzuwenden, daß für das Jahr 1924 ein solcher Betrag für den Baufonds eingesetzt wird. Das ist im Gesetz begründet. Jetzt wollen Sie aber rückwirkend, für eine Zeit, die schon vor der Wirksamkeit des Gesetzes gelegen ist, eine solche Rücklage in den Voranschlag einsetzen. Es fehlt dabei auch die Genehmigung des Stadtsenates und Gemeinderates und daher ist diese Vorlage auch in formaler Beziehung ein grober Verstoß. Ich beantrage daher, daß diese Vorlage von der Tagesordnung abgesetzt wird, und solange zurückgestellt bleibt bis der Gemeinderat sie erledigt hat.

GR. Täubler erklärt in seinem Schlußwort, daß der Fortbildungsschulrat im Jahre 1922 zweimal Nachtragsvoranschläge beschließen mußte. Der Gemeinderat hat sich bereits am 7. November 1923 mit dem Fortbildungsschulrat und dem Voranschlag beschäftigt. Dass der Landtag noch nicht dazu gekommen ist, darf doch dem Fortbildungsschulrat nicht zum Vorwurf gemacht werden. Der Fortbildungsschulrat ist gewissenhaft vorgegangen und es wird gar nichts verheimlicht. Die Einnahmen sind deswegen grösser geworden, als sie im Voranschlag festgesetzt wurden, da der Fortbildungsschulrat sein Budget für das Jahr 1923 im Dezember 1922 aufgestellt hat, wozu er vom Finanzministerium die Grundlagen erhielt. Die Umlage wurde mit 25 Prozent festgesetzt und im Jänner 1923 ausgeschrieben. Ende März 1923 hat dann der Finanzminister die Erwerbssteuer verünftlicht, so daß auch die Umlagen des Fortbildungsschulrates entsprechend gestiegen sind. Dazu kommt noch, daß die Eintreibung der Steuern durch den Bund schärfer geworden ist und daher auch der Fortbildungsschulrat die Umlagen, vor allem Rückstände aus dem Jahre 1922 und 1923 nunmehr erhalten hat. Es handelt sich hier nur um eine andere Verwendung des Geldes. Statt dass der Fortbildungsschulrat Unterrichtsgegenstände, die jetzt nicht benötigt werden, ankauft, gibt er dieses Geld dem Baufonds.

GR. Kunschak berichtigt tatsächlich, daß niemals ein Nachtragsvoranschlag nach Ablauf des Budgetjahres eingebracht worden ist.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Kunschak auf Zurückstellung der Vorlage abgelehnt und der Referentenantrag angenommen.

Präsident Dr. Danneberg erklärt hierauf die Sitzung für geschlossen.

W i e n e r G e m e i n d e r a t

Sitzung vom 8. Februar 1924.

Bgm. Seitz eröffnet die Sitzung.

Es werden eine Reihe von Gegenständen ohne Referat angenommen. So ein Grundkauf in Simmering und in Floridsdorf, der Bericht über die städtische Unfallfürsorge im Jahre 1922, eine Ergänzung der Vorschriften über die Dienstkleider, ein Sachkredit von 6525 Millionen Kronen für drei elektrische Umformer der städtischen Elektrizitätswerke, ein Sachkredit von 4000 Millionen Kronen für zwei Stück Hochleistungskessel im Ueberlandkraftwerk Ebenfurth, ein Uebereinkommen mit der Post- und Telegraphenverwaltung wegen Benützung des öffentlichen Gutes und der Liegenschaften der Gemeinde zur Führung von Telegraphen-, Fernsprech- und Rohrpostanlagen, die Errichtung einer Unterstation für die städtischen Elektrizitätswerke in Rudolfsheim und schliesslich ein Antrag, nach dem sämtliche Delegierungen von Vertretern der Gemeinde in wirtschaftliche Unternehmungen mit Rücksicht auf die Neuwahl des Gemeinderates widerrufen werden und der Bürgermeister die Neubestellung vorzunehmen hat.

GR. Breitner berichtet über die Hauptrechnungsabschlüsse für das zweite Halbjahr 1921, sowie über das Verwaltungsjahr 1922 und erklärt, nicht in der Lage gewesen zu sein, rechtzeitig diese Vorlagen vor den Gemeinderat zu bringen, weil die Gemeinde in jener Zeit mit ganz besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte. Es ist eine völlige Umstellung des Buchhaltungswesens erfolgt, der Uebergang von der kameralistischen zur kaufmännischen Buchführung, dazu kam, daß sich im Zuge der Geldentwertung Schwierigkeiten besonderer Art ergeben haben. Man mußte zu dem Budget in Form zusammenfassender Zuschusskredite einigemal im Jahre budgetieren, wodurch die Buchhaltung außerordentlich überlastet wurde. Speziell im Jahre 1922 mußten wir uns der Abschlußart des Bundes anpassen. Trotzdem konnte der Rechnungsabschluss für 1922 schon innerhalb der ersten neun Monate des vergangenen Jahres dem Finanzausschuß unterbreitet werden. Es war überaus schwierig aus den Rechnungsabschlüssen ein Bild über die wirkliche Gebarung zu gewinnen. Infolgedessen konnte auch ein Vergleich mit den Ziffern des Voranschlages nicht gezogen werden. Diese beiden Rechnungsabschlüsse umfassen Zeiträume, in denen sich der Geldwert so oft und einschneidend verändert hat, daß man bei jeder einzelnen Post berechnen mußte, was sie in Gold bedeutet, um dann ausdrücken zu können, wie sich die Gebarung in Wirklichkeit vollzogen hat. Der Referent konstatiert, daß die beiden Rechnungsabschlüsse ein Aktivum ergeben. Insbesondere die städtischen Unternehmungen haben gut abgeschnitten. Der Referent ersucht den beiden Rechnungsabschlüssen die Zustimmung zu geben.

2

GR Zimmerl (chr. soz.): Die Kontrollkommission hat gut gearbeitet, aber der Herr Finanzreferent keineswegs. Daß wir einen im September 1923 fertiggestellten Rechnungsabschluss erst im Februar verhandeln können, ist eine grobe Pflichtverletzung des Referenten. Der Grund der Verzögerung liegt auf der Hand. Damals war Wahlzeit und Wahltechnisch war mit den Rechnungsabschlüssen nichts anzufangen. Sie haben sich also wienerisch gesagt: Reden wir von etwas andern. Also redeten Sie von den Rechnungsabschlüssen erst nach den Wahlen. Es wäre genügend Zeit gewesen die Abschlüsse noch im letzten Viertel des Jahres 1923 zu verabschieden. Betrachtet man nun die einzelnen Ziffern, so ergibt sich, dass unsere Beschwerden, die wir oft hier vorgebracht haben, durchaus gerechtfertigt waren. Der Referent behauptet immer wieder, daß hauptsächlich nur Besitzsteuern zur Einführung gelangten und das großartige System Breitner wurde und wird in allen Tonarten gepriesen. Sieht man sich aber die Ziffern genau an, so kommt man darauf, daß von den 810 Milliarden Einnahmen im Jahre 1922 nur der geringste Teil, nämlich kaum ein Achtel, auf Luxussteuern entfällt, während der weitaus überwiegende Teil durch Belastung der breiten Massen hereingebracht worden ist. Redner gibt aus den Rechnungsabschlüssen einige Beispiele und sagt, daß daraus hervorgehe, wie unrichtig die Behauptung sei, wonach die Steuermaßnahmen der Gemeinde vorwiegend die Besitzenden treffen. Den Banken wurden 274 Milliarden zur Verfügung gestellt und dieselbe Taktik auch im Jahre 1923 durch Hingabe von mehr als 500 Milliarden an die Großbanken verfolgt. Nach Verlesung einiger Stellen aus einer Artikelserie, die der ehemalige Staatskanzler Renner in der Arbeiterzeitung unter dem Titel „Der Wiederaufbau und die Sozialdemokratie“ veröffentlichte, erklärt Redner, daß die Kritik Renners auf die Steuerpolitik Breitners zutrefte, weil mit der Übergabe von 100 Milliarden Gemeingeldern an die Großbanken die Finanzverwaltung die „Funktion der Ausbeutung der Bürgerlichen und der Proletarier dieser Stadt“ besorgt. Kostbar sei die Wahrnehmung, daß in dem Organ Breitners „Neue Wirtschaft“ die nordisch-österreichische Bank inseriert, die von den Sozialdemokraten selbst als Monarchistenbank bezeichnet werde. Wenn also auf dieses Inserat hin Überzeugungstreue Republikaner ihre Gelder der nordischen Bank übergeben, so können sie folgerichtig leicht zur Betreibung einer monarchistischen Propaganda Verwendung finden. (Heiterkeit bei der Minderheit.) Ich finde kein parlamentarischen Ausdruck diese Zeitung richtig zu bezeichnen, wie ich auch keinen parlamentarischen Ausdruck finde, etwa Herrn Bekessy oder „Die Stunde“ treffend zu charakterisieren. In einem Interview mit einem Franzosen läßt Herr Breitner seiner Finanzkunst großes Lob spenden und sich gleichsam als einen Schrittmacher der Sozialisierung feiern. Aber in Wirklichkeit hütet sich Herr Breitner in der Gemeindeverwaltung sehr wohl vor Sozialisierungsversuchen. Was er bisher geschaffen hat ist durchwegs auf großkapitalistischen Grundlagen aufgebaut. Für gemeinwirtschaftliche Anstalten hat er nichts übrig, die Aktien von privat-kapitalistischen Unternehmungen sind ihm lieber. Die Finanzwirtschaft der Stadt Wien wird so geführt, als ob sie eine Filiale der Escomptebank wäre. Seinerzeit wurde den Mitgliedern des Finanzausschusses bei Mitteilung der Steuereingänge strengste Verschwiegenheit zur Pflicht gemacht, aber in ein paar Wochen hat der Finanzreferent der Tagespresse die uns als streng vertraulich bezeichneten Daten über die Steuereingänge mitgeteilt und wir wurden bis heute nicht der Verschwiegenheitspflicht entbunden. So Stiefelfetzenmäßige Behandlung des Finanzausschusses ist unerhört und unerträglich.

GR Untermüller (chr. soz.) gibt der Meinung Ausdruck, daß die Vorlage des Hauptrechnungsabschlusses wirklich nur aus bestimmten Gründen nicht früher erfolgt sei. Er sei nämlich gar nicht danach angetan, irgendwie mit ihm Staat machen zu können. Die vorgelegten Ziffern zeigen nichts anderes, als das Resultat rücksichtslosester Drosselung aller Ausgaben und der brutalsten Steigerung der Einnahmen. Nach dem Bilde, das der vorliegende Rechnungsabschluss biete, sei die Rolle des Anklägers, in der sich die Sozialdemokraten im Wahlkampfe so gefielen, vollständig verfehlt gewesen. Für die Gemeinde ist es selbstverständlich unmöglich gewesen im Jahre 1923 weiter abzubauen, da sie, schon im Jahre 1922 den Abbau vollständig besorgt habe. Die Ausgaben für das Personal betragen nach diesem Abschlusse 179 Milliarden, davon wären 171 vom Staate beigetragen worden. Die wirkliche

Summe der Ausgaben sei also rund acht Milliarden, eine lächerlich geringe Summe. Die Gemeinde habe in diesem Falle ihren grösseren Bruder für sich zahlen lassen und wies auf ihre Freundlichkeit gegenüber ihren Angestellten hin. Die Rücksichtslosigkeit der Gebarung zeige sich bei vielen und vielen Posten. Ob es sich um die Ueberführung armer Kranken, um die Hebammenentschädigung, um Geldaushilfen an Bedürftige, um Kinder- und Jugendführer und Tuberkulosenfürsorge oder um die Beleuchtung handle, überall wäre das Präliminare in der kürzesten Zeit der Geldentwertung nur um wenig überschritten oder in manchen Fällen gar nicht erreicht. Das ist selbstverständlich eine ^{Gebahrung} führt Redner aus, die die Zustimmung der Minorität nicht erwarten und verlangen könne.

GR Stöger (chr. soz.): Selbstherrlich und rein absolutistisch war die Geschäftsgebahrung. Redner müsse einen besonderen Fall aus den vielen herausgreifen. Es bestünde die scheidendemokratische Einrichtung, alle Jahre ein Kuratorium für das Kinderhospital in Hall ^{aus der Zahl der Gemeinderäte zu wählen.} Drei Jahre aber schon seien es seit eine Sitzung dieses Kuratoriums stattgefunden habe. Es würden so Gemeinderatsbeschlüsse und Wahlen zu einer lächerlichen Farce herabgedrückt. Ein bedeutender englischer Staatsrechtslehrer habe einmal erklärt, eine Monarchie ohne Verantwortung sei unmöglich. Eine Oligarchie oder gar Demokratie ohne Verantwortung sei aber fast allgemein. Das sei in diesem Falle glänzend bestätigt. In diesem Zusammenhange müsse auch gesagt werden, dass die gegenwärtige Führung dieses Hospitals der Anstalt nicht zum Segen sondern vielmehr zum Fluche gereiche. Die geistlichen Schwestern, die dort seit jeher ihren Dienst anstandslos versehen hätten, und aufgegangen wären in selbstlosester Hingabe eigener Kraft und Gesundheit an die Kinder, seien jetzt Gegenstand der Kluturgegnerischen Bestrebungen der sozialdemokratischen Verwaltung. Die fünfzehn Ordensschwestern, die dort ihren Dienst taten, sollen durch 26 weltliche Fürsorgerinnen ersetzt werden. Es werde sich zeigen, wie die Früchte dieser Handlung und Haltung gegenüber verdienten geistlichen Schwestern aussehen werde.

GR Orgl (chr. soz.): Aus dem Hauptrechnungsabschlusse sei zu ersehen, daß das städtische Brauhaus und der Rathauskeller der Gemeinde Wien einen Ueberschuß von 700 Millionen Kronen gebracht habe, eine ganz ungeheure Summe, die die Gemeinde aus einer der abscheulichsten und verwerflichsten Quellen, nämlich der Volksvergiftung und Verdummung bezogen habe. Es gebe Länder, in denen das Gastgewerbe durchaus nicht mehr mit dem Alkohol in Verbindung stünde, die am Alkoholkonsum nicht mehr interessiert sind. Die schrecklichen Verheerungen, die der Alkoholismus verursachte, lägen auf dem Gebiete des religiös-sittlichen. Hier handle es sich um Dinge, welche im ganzen Kulturleben von grösster Bedeutung sind. Wir sehen, daß der Alkohol zerstörend einwirkt und es wäre ein großer Irrtum, etwa zu glauben, daß nur diejenigen von ihm betroffen würden, die mit der Polizei in Konflikt kämen. Viel ärger, gefährlicher und schädlicher seien aber Fälle, die im großen und ganzen unbekannt blieben. Sehr groß sei die Bedeutung auch für Familie und Beruf. Unzählige Familien gehen des Alkohols wegen jämmerlich zugrunde. Im Berufe seien die Alkoholiker oft die tüchtigsten Menschen, besonders in Zeiten, wo ^{sie} sich des Alkoholgenusses enthalten. Diese Zeiten wurden aber wieder abgelöst von wahren Trinkorgien, die solche Leute sich oftmals leisteten. In solchen Zuständen können diese Leute dann keine Hemmnisse und scheuen vor den schrecklichsten Taten nicht zurück. Eine weitere große Bedeutung komme der Frage in Hinsicht auf die Gesundheit des einzelnen und der Rassenhygiene zu. Es könne nicht Aufgabe des Redners sein, hier einen erschöpfenden Vortrag darüber abzuhalten und erverweise nur auf die Ausstellungen, die von Alkohol-Abstinentenorganisationen veranstaltet würden. Das Beispiel, das uns die nördlichen Länder des Nordens, wie Finnland, Schweden, Norwegen, Dänemark und das sonst durchaus nicht als Muster Geltung beanspruchende Staatensystem der vereinigten Staaten von Nordamerika geben, sollten wir so rasch als möglich nachahmen. Die Trinkersfürsorge, die bisher ganz unzulänglich geübt werde, müsse ausgebaut und auch auf die Familien der Trinker selbst erstreckt werden. Geschehe dies und setze man die in den anderen erwähnten Ländern schon mit einer systematischen Aufklärung bei der Jugend ein, dann könne man eine Besserung in dieser Sache erwarten. Redner schlägt vor, einen entscheidenden Schritt dahin zu wirken und beantrage, die Gemeinde Wien habe den Ueberschuß des Brauhauses und des Rathauskellers zur großzügigen Volksaufklärung über den Alkoholismus zu verwenden.

3
StR. Breitner führt in seinem Schlußworte aus, dass man bei der Kritik der Rechnungsabschlüsse des Voranschlag für 1924 heranziehen müsse. Aus ihm ergibt sich ein klareres Bild vor allem in der Richtung, daß die Gemeindesteuern unbestrittener Massen zum großen Teil den Charakter von Luxussteuern haben, beispielsweise die Wertwuchsabgabe, die Kraftwagenabgabe, die Wohnbausteuer bezüglich des allergrößten Teiles, die Totalitateurabgabe u. a. Gegenüber einem Gesamtertrag von 900 Milliarden sind die erwähnten Steuern mit 454 Milliarden präliminiert. Es haben also die Hälfte der städtischen Steuern unbestrittenen Luxuscharakter. In der Vorkriegszeit schöpfte die Gemeinde ihre Einnahmen hauptsächlich aus den Mietzinssteuern, die alle Bewohner dieser Stadt gleichmäßig belastet haben, außerdem wurden die Überschüsse aus den Betrieben der Strassenbahn, des Gas- und Elektrizitätswerkes für die notwendige Bedeckung herangezogen. Gemeinderat Himmerl habe bei seiner Kritik auch übersehen, daß das Präliminare noch durch die Ziffern der Bedeckung zu ergänzen ist. Er wirft uns vor, daß wir bei der Veräußerung von Wertpapieren ansehnliche Einnahmen haben, also förmlich ein Börsengeschäft betreiben, aber hier handelt es sich um Bezugsrechte, die in jedem einzelnen Falle der Beschlussfassung des Gemeinderates unterliegen. Wir stellen den städtischen Unternehmungen in durchaus kaufmännischer Weise Kredite zur Verfügung, zu einem Zinsfuß von 12 Prozent, dem man wohl nicht als wucherische Ausbeutung bezeichnen kann. Die Zeitschrift „Neue Wirtschaft“ ist ein vollkommen unabhängiges Organ, für das nicht nur ich, sondern auch andere Mitglieder der verschiedenen Parteien Artikel schreiben. Dem gegenüber verweise ich auf das Blatt „Die Börse“, in der das früheren Minister Gürtler, Heindl und Bundesfinanzminister Kienböck Beiträge erscheinen lassen. Wenn Sie sagen, daß „Die Wirtschaft“ mein Leibblatt ist, kann ich wohl mit größerem Rechte behaupten, dass das Organ des Herrn Pekesay das Leibblatt der gegenwärtigen und vergangenen Bundesfinanzminister ist. Es ist auch bemängelt worden, daß wir die Steuereingänge veröffentlicht haben. Die Verhältnisse zur Zeit der Beratungen und zur Zeit der Veröffentlichung waren aber wesentlich andere. Sie erfolgte hauptsächlich aus dem Grunde, weil es im Interesse der Gemeinde gelegen war, die vom Bundesfinanzminister vorgebrachten Behauptungen über ungleich höhere Steuererträge der Gemeinde auf das richtige Maß zurückzuführen. Es kann schon sein, daß beispielsweise die Fürsorgeabgabe am Ende des laufenden Jahres 600 Milliarden Ertrag haben werde. Aber das wird der Ausdruck dessen sein, daß die innere Kaufkraft der Krone sinkend ist und daß dann der Nachweis wird geführt werden können, daß den gesteigerten Einnahmen gesteigerte Ausgaben gegenüber stehen. Für uns wäre es viel wünschenswerter, wenn wir neben der Stabilisierung der Krone auf den ausländischen Finanzplätzen auch zu einer Stabilisierung der inneren Kaufkraft der Krone gelangen könnten.

Der Referent verweist auf die Verhandlungen mit dem Bund wegen des Abgabenteilungsgesetzes und bezeichnet die von oppositioneller Seite gegen die Haltung der Gemeinde vorgebrachten Kritiken als unzutreffend. Wenn die Gemeinde im Sinne des Sozialisierungsgesetzes nur Aktien von Aktienunternehmungen beansprucht, so ist das nur ganz natürlich und selbst die Minorität wird zugestehen müssen, daß die Gemeinde hierbei nicht schlecht abschneidet. Gegenüber dem Vorwurf, daß für gemeinwirtschaftliche Unternehmungen seitens der Gemeinde nichts geschehe, ist festzustellen, daß wir eine Reihe von Gesellschaften auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage gegründet haben, wie die Genossenschaft für Siedlungsbauten, die Holz- und Kohleneinkaufsgesellschaft, die Wiener öffentliche Küchenbetriebsgesellschaft, der Holzmarkt, der deutsche Verlag zur Herstellung von Lehrmitteln für unsere Schulen, die Gründung der Kleingartenstelle und in der deutlichsten Form die Ausgestaltung der Ziegelwerke, der Ankauf der Porphyritwerke und andere. Gegenüber der Bemerkung des GR. Unter- müller, als ob wir förmlich aus Angst diesen Voranschlag erst jetzt zur Diskussion stellen, ist zu sagen, daß wir den Vergleich mit dem Bunde nicht zu scheuen gehabt hätten, bei dem der Voranschlag für 1921 noch nicht aufliegt. Dieser Rechnungsabschluß der Gemeinde ist am 24. September 1923 versendet worden, zu einer Zeit also, da die Wahlbewegung eingesetzt hat. Jedem Mitglied der Minderheit war es möglich, die Ziffern dieses Rechnungsabschlusses in der Wahlbewegung zu benützen und es ist davon ausgiebig Gebrauch gemacht worden. Jedenfalls haben wir bewiesen, daß wir

ohne Sanierungsaktion des Bundes und ohne ausländische Berater das Gleichgewicht im Gemeindehaushalt herstellen konnten. Wir sind also vor den Wahlen mit den Ziffern in die Öffentlichkeit gegangen, weil wir uns bemüht haben der Bestimmung der Verfassung, wonach in den ersten neun Monaten der Voranschlag aufzulegen ist, nachgekommen sind. Der Referent verweist schließlich auf die Leistungen der Gemeinde Wien für Wohlfahrtseinrichtungen für das Schulwesen und andere gemeinnützige Ausgaben und erklärt gegenüber dem GR. Stöger wegen des Kuratoriums für das Bad Hall, das hier wohl die Frage zu prüfen, ob diese Anstalt überhaupt noch durch ein Kuratorium verwaltet werden soll, weil ja eigentlich für das Kuratorium kein Anlaß zur Betätigung gegeben ist. GR. Orel habe sich mit den Einnahmen des Rathauskellers und des Brauhauses der Stadt Wien beschäftigt und einen Antrag gestellt, die Erträge aus diesen Unternehmungen zur Bekämpfung des Alkoholismus aufzuwenden. Dem gegenüber ist festzustellen, daß die Gemeinde Wien eine eigene Trinkerheilstätte errichtet hat und daß unsere Partei im Nationalrate den Antrag stellte, es möge ein Zehntel der Alkoholsteuer zur Bekämpfung des Alkoholismus verwendet werden, welcher Antrag jedoch von der Partei des Herrn Orel abgelehnt worden ist. Der Referent ersucht die vorliegenden Rechnungsabschlüsse zu genehmigen.

Die beiden Anträge werden angenommen, die Anträge Stöger und Orel der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt.

GR. Breitner berichtet über den Antrag auf Übernahme der vollen Haftung für einen von der Österreichischen Nationalbank der Wasserkraftwerke-A.G. WAG gewährten Kredit in der Höhe von zwei Millionen Schilling und beantragt die Genehmigung.

GR. Kunschak (chr. soz.) gibt seiner großen Befriedigung darüber Ausdruck, daß ein Weg beschritten werde, der von den Christlichsozialen immer als dringend empfohlen worden sei. Wäre seinerzeit, wie es die Christlichsozialen wünschten, für die städtischen Unternehmungen der Kredit der Nationalbank in Anspruch genommen worden, dann würden für die Gemeinde Wien unzählige Milliarden frei gewesen, die sie heute in die Unternehmungen investiert hat. Die Gemeinde könnte dann mit diesen Geldern ihre Bautätigkeit zu einem wesentlichen Teile finanzieren. Durch die Aufnahme eines Darlehens von 140 Milliarden für die WAG werde die Bauführung der Wasserkraftwerke wesentlich erleichtert und könne auch bedeutend forciert werden. Der vorliegende Antrag ist die nicht ausgesprochene aber feierliche Bestätigung dafür, daß seitens der Bundesregierung eine Politik auf dem Gebiete der Sanierung und der Finanzen überhaupt geübt werde, die allen Behauptungen, daß durch die Sanierung die Volkswirtschaft erschlagen werde schärfstens entgegentritt. Diese Politik hat vielmehr auch auf die Entwicklung unseres Wirtschaftslebens ganz außerordentlich günstig gewirkt. Durch den heutigen Antrag sei aber auch erwiesen, daß der Herr Finanzreferent einen großen Wandel in seinem Urteil über die Sicherheit der Stabilisierung der Krone durchgemacht habe. Es ist heute im Zuge der vielen Kundgebungen für die Sanierung, die von den verschiedensten Seiten gemacht wurden, die bedeutendste und feierlichste gelsistet worden. Der Gemeinderat habe sich zur ganzen Idee der Sanierung und der durch sie bewirkten Stabilisierung der Krone bekannt und es freue die Partei des Hedners ganz besonders, daß Männer aus ihren Reihen diese so herrliche und erfolgreiche Tat initiiert hätten. Durch diese Stabilisierung wäre das Wirtschaftsleben des ganzen Staates und der Gemeinde Wien bedeutend gehoben und aus diesem Grunde würde die Minderheit für den vorliegenden Antrag stimmen.

deswegen, weil
StR. Breitner (Schlußwort): Es kann wohl die Nationalbank einem gemeinwirtschaftlichen Unternehmen einen Betrag leihen, der die Baukosten für ein Jahr deckt und der bis spätestens 30. Juni 1925 zurückgezahlt werden muß, von einem Anleihen im eigentlichen Sinne nicht gesprochen werden. Es ist dies ein Kontokorrentdarlehen, das in einer verhältnismässig kurzen Frist rückgezahlt wird. Es wäre sehr traurig, wenn eine Sanierung, die mit dem Aufgeben der staatlichen Selbständigkeit und mit schweren wirtschaftlichen Krisen verbunden ist, eine solche Leistung nicht vollbringen könnte. Wir machen darauf aufmerksam, daß wir eigentlich nur einen billigeren Zinsfuß von ungefähr sieben Prozent erhalten, was für das Jahr eine Ersparnis von fünf bis sechs Milliarden Kronen bedeu-

set. Von irgendeinem Bekenntnis zu dieser Sanierung kann ganz und gar nicht die Rede sein. Wir stehen nach wie vor nicht an zu erklären, dass diese Sanierung mit anderen Mitteln, mit inländischem Kapital und ohne das Aufgeben unserer Freiheit mit dem gleichen Resultate durchzuführen gewesen wäre. Der Bau der Wasserkraftwerke wurde zu einer Zeit begonnen, als von der heutigen Regierung und ihrer Sanierung noch gar keine Spur vorhanden war. Niemals hat der Bau unserer Wasserkraftwerke aus finanziellen Gründen gestockt. Die Gemeinde hat nicht weniger als 150 Milliarden bis jetzt aus ihren Geldern für den Bau ihrer Wasserkraftwerke zur Verfügung gestellt, die aus den zu erwartenden Erträgen der Wasserkraftabgabe rückgezahlt werden sollen. Freilich, wenn wir so unsere Wasserkraftwerke verwaltet hätten, wie der Bund das Spullerseewerk, das durch die Interkalarzinsen unmöglich gemacht wird, dann wäre uns nicht zu helfen. Wenn auch die Verhandlungen mit der Nationalbank gescheitert wären, so hätten wir diese 140 Milliarden zur Verfügung gestellt. Der Kredit der Nationalbank ist uns übrigens nur für drei Monate gegeben worden, wir hoffen aber, daß er bis 30. Juni 1925 verlängert wird. Wir haben die Verpflichtung, die Interessen der Gemeinde zu wahren und werden daher, sollte der Dollar steigen, diesen Kredit auch früher zurückzahlen.

GR. Kunschak berichtigt tatsächlich, daß diese Angelegenheit nicht so belanglos sei, wie sie der Referent dargestellt hat. Tatsache sei, daß die Gemeinde jährlich sieben Milliarden Kronen erspart. Das ist keine Bagatelle.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten einstimmig angenommen.

GR. Speiser berichtet über Bezugserhöhungen der Bediensteten der städtischen Lagerhäuser, die nach dem Kollektivvertrag entlohnt werden.

GR. Dirisamer (chr. soz.) bemängelt, daß diesen Bediensteten von ihrem Lohn außer den gesetzlichen Abzügen auch noch die Beiträge für die Organisation abgezogen werden. Aus einem Lohnstreifen eines solchen Bediensteten ist zu ersehen, daß die ^{Beiträge} für die gewerkschaftliche Organisation, also für eine sozialdemokratische, gleich von der Direktion bei der Lohnauszahlung abgerechnet werden. Die Leute sind damit nicht einverstanden, sie können sich aber dagegen nicht wehren, da sie sonst auf das Pflaster geworfen werden.

StR. Speiser erklärt, daß die Direktion der Lagerhäuser mitteilt, daß diese Abzüge nicht gemacht werden. Die Gewerkschaften haben wohl darum angesucht, doch wurde diesem Ansuchen nicht entsprochen. Das Gebiet des Gesinnungszwanges sollte von der Minderheit nicht betreten werden, denn sie habe den größten Gesinnungsterrorismus ausgeübt, die Bedienstetenschaft, die Lehrerschaft und die Arbeiterschaft ist durch mehr als zwanzig Jahre unter einem ungeheuren Gesinnungsdruck gestanden.

GR. Preyer (chr. soz.): Damals waren es freie Menschen, heute sind es Sklaven!

StR. Speiser: Fragen Sie die Herren Seitz, Glückel und Täubler. Sie haben die Leute wegen ihrer Gesinnung schonungslos hinausgeworfen. Heute kann von einem Gesinnungsdruck keine Rede sein. (Beifall)

GR. Haider (chr. soz.) berichtigt tatsächlich, daß dem Referenten ein Lohnstreifen eines Lagerhausbediensteten überreicht wurde, aus dem zu ersehen ist, daß die Organisationsabzüge von der Direktion vorgenommen werden.

Der Referent erklärt, daß er diese Angelegenheit überprüfen werde, worauf die Bezugserhöhung einstimmig genehmigt wird.

StR. Richter legt den Entwurf der Bestimmungen über die Zuerkennung der Kunstpreise der Stadt Wien vor und beantragt die Genehmigung.

GRin. Dr. Motzko wendet sich gegen die Bestimmung, wonach das Preisrichterkollegium auch Künstler in Vorschlag bringen könne, welche nicht an der Konkurrenz sich beteiligt haben. Dadurch entstehe die Gefahr für aufstrebende junge Künstler, daß sie von altbewährten Meistern aus dem Felde geschlagen werden. Es gehe nicht an, Künstlern, die sich gar nicht um die Ausschreibung kümmern, einen Preis förmlich auf dem Präsentierteller nachzutragen.

GR. Kunschak beschwert sich darüber, dass leitende Persönlichkeiten, die in der breiten Öffentlichkeit wirken, in die Wählerliste nicht aufgenommen worden sind, weil sie bei der Begehung des Hauses von Wien abwesend waren. Es ist wohl der ausschlaggebende Grund dafür ihre christliche Gesinnung gewesen. In der Budgetdebatte wurde auch der Fall Schlängel vorgebracht, der noch immer nicht aufgeklärt wurde. Dieser Mann wurde rechtmäßig samt seiner Frau für fünf Jahre von Wien abgeschafft und trotzdem in den Heimatverband der Stadt Wien aufgenommen und gelangte natürlich auch in die Wählerliste. Während der Wahlpropaganda sind die Angestellten der Plakatierungsanstalt der Gemeinde um Mitternacht mit der Plakatierung der sozialdemokratischen Wahlplakate beschäftigt gewesen, wodurch die Gewerbeordnung verletzt und mit dem Gemeindegut Missbrauch getrieben wurde. Schliesslich beantragt der Redner, dass der Gemeinderat eine Kommission einsetzen soll, die festzustellen hat, ob und in welchem Umfang eine Einrichtung der Gemeinde oder eine Unternehmung an der die Gemeinde beteiligt ist, in den Dienste der Wahlagitator für eine Partei gestellt worden ist. (Beifall bei den Christlichsozialen)

GR. Plaschkas (Jud. Nat.) erklärt, einige Beispiele des Wahlunfugs geben zu wollen. Die Judenschaft sei von Sozialdemokraten, Grossdeutschen und Christlichsozialen verhöhnt und verunglimpft worden. Erstere haben sogar einen Rabbiner in vollem Ornat gezeichnet, der die christlichen Führer beschneiden wollte. (Heiterkeit) Was sie nicht gezeichnet haben, das sind die armen Juden, die nach der Seververordnung ausgewiesen wurden nicht die armen jüdischen Studenten, die von den Hakenkreuzlern aus der Universität hinausgeprügelt worden sind. Die Herren Christlichsozialen haben wegen der Auslandskredite mehr Vorsicht angewendet. Immerhin wiesen die christlichsozialen Plakate einen großen Geldsack auf mit einem darauf sitzenden Juden, obgleich sie nicht den Nachweis erbrachten, dass die auf dem Geldsack sitzenden Juden gewisse Beziehungen zu der christlichsozialen Partei haben. Bundeskanzler Seipel sandte an die Juden faksimilierte Briefe aus, für die christlichsoziale Liste zu stimmen. Ich halte es für würde- und ehrlos einem Juden dergartiges zuzumuten. Neben diesen allgemeinen Angriffen wurden auch unerhörte Angriffe gegen die persönliche Ehre der jüdischnationalen Kandidaten erhoben. Man stellte sie als Reklamehelden und Streber hin, obgleich man weiss, welche persönliche Opfer an Existenz und Zeit sie bringen. Die Versammlungen der jüdischen Wahlgemeinschaft wurden von Sozialdemokraten vielfach gestört, insbesondere in der Leopoldstadt und in der Brigittenau. Hier hat auch der christlichsoziale Gemeinderat Körper jüdische Wähler aus der Liste herausreklamiert, Lebende als tot, Ortsanwesende als abwesend bezeichnet, doch ist dank der strengen Objektivität der Magistratsbeamten in allen Fällen nach Recht und Gesetz verfahren worden. Am Wahltage selbst spielten sich unerhörte Terrorakte ab, es wurden jüdische Wähler unter sozialdemokratischer Bedeckung in die Wahllokale geführt.

Der Bürgermeister unterbricht den Redner und fordert ihn auf zum Gegenstande zu sprechen. Als GR. Dr. Plaschkas fortfährt, Einzelheiten vom Wahltage zu erzählen, unterbricht ihm neuerlich der Bürgermeister mit dem Bemerkens, er könne eine Debatte hierüber nicht zulassen, da hier lediglich die Wahlkosten zur Erörterung stehen.

GR. Dr. Plaschkas: So viel darf ich wohl feststellen, dass die sozialdemokratische Partei in der Leopoldstadt und in der Brigittenau am Wahltage falsche erlogene Nachrichten in die Öffentlichkeit brachte, um der jüdischen Wahlgemeinschaft Stimmen abspenstig zu machen. Das Wahlgesetz an sich sei ungerecht, es unterdrücke die Minoritäten und liefere ein falsches Bild über die wirkliche Stimmung der Wählerschaft. Wenn Wien ein gerechtes Wahlgesetz erhalten werde, werde Redner auch für die Kosten der Wahl stimmen können.

GR. Bermann (Soz. Dem.): Das Fehlen einzelner Personen in der Wählerliste ganz gewiss nicht auf böse Absicht zurückzuführen. Man kann ohne weiteres beweisen, dass auch sozialdemokratische führende Persönlichkeiten, wie Nationalräte, in die Wählerliste nicht aufgenommen worden sind, weil sie bei der Häuserbegehung nicht anwesend waren. Jedenfalls kann festgestellt werden, dass die Zahl der Reklamationen bei der letzten Wahl weitaus geringer war, als bei den Wahlen, die die jetzige Minorität organisiert hat. Dazu kommt noch, dass jetzt die Zahl der Wähler

5

GR. Orel (chr. soz.) erklärt vorweg entschieden dagegen Wahrung einlegen zu müssen, dass etwa Juden zu Preisrichtern ernannt werden. Mit jüdischer Kunst hat das christlich-deutsche Wien nichts zu tun. Die Juden sind ein Fremdkörper und sollten nicht einmal im Gemeinderate etwas zu reden haben.

GR. Schorsch (Soz. Dem.): Sie sind ja selbst kein reiner Arier, weil sie immer mit den Händen reden! (Heiterkeit, in die auch GR. Orel einstimmt).

G. R. Orel (Christlichsozial) führt aus, der Jude suche die Erlösung in der Weltherrschaft, in der Fleischlichkeit, in Diesseitsstreben und in der Niederdrückung der ganzen christlichen Kultur. Während die Kultur des bodenständigen Volkes die der Ueberwindung, des Entsagens sei, könne man bei den Juden nur das Bestreben alle anderen Völker sich zu unterwerfen beobachten. Jeder Jude suche nur im Tanze um das goldene Kalb sein Ideal. Die anderen arischen Völker sollen ihm nur als Objekt seiner Ausbeutung und Spekulation dienen, dafür sind sie ihm gut genug.

Es sei so selbstverständlich, dass der Jude es auch ganz ferne davon sei die christliche Kunst verstehen zu können. Im Gegenteile könne man sagen, dass jeder Jude die christliche Kunst und Kultur nur hassen müsse als seinen selbstsüchtigen Interesse entgegengerichtete Macht. Es müsse darum auch mit aller Schärfe die Zustimmung abgelehnt werden, Juden als Mitbewerber oder Preisrichter gelten zu lassen, den sie müssten sich so mit Dingen befassen, die sie nicht innerlich verstehen und erfassen können.

Bürgermeister Seitz ersucht den Redner, sich dem Gegenstand zu nähern. (Lebhafte Heiterkeit)

GR. Orel: Ich komme ohnedies bald zum Schlusse (Neuerliche Heiterkeit). Redner zitiert dann noch einige Stellen aus den Meistersängern und schliesst mit dem Wunsche, dass die deutsche Kunst nicht mit Hilfe der Juden zugrunde gerichtet werden soll.

Stadtrat Richter meint, dass auf die Ausführungen Orels vielleicht bei der Debatte über die Zuerkennung der Preise eingegangen werden kann. Gegen den Antrag der Frau Gemeinderätin Motzko, dass nur Künstler mit Preisen bedacht werden sollen, die sich an Konkurrenz beteiligen, spricht sich der Referent aus, dass viele hervorragende Künstler meinen, dass für sie ihre Leistungen sprechen müssen und sie ihre Kunst nicht auf dem Markt tragen wollen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Motzko abgelehnt und der Referentenentwurf angenommen.

Stadtrat Siegel beantragt, dass auf dem Quarinplatz in Favoriten eine Wohnhausanlage errichtet werden soll und ersucht den Kostenaufwand von 15 Milliarden Kronen zu genehmigen.

Rufe bei der Minderheit: Es war doch abgemacht, die Sitzung nach dem Referate Richters zu schliessen.

Gemeinderat Rummelhardt: Dann sitzen wir halt bis Mitternacht!

Gemeinderat Biber: Und ich werde eine einstündige Rede halten!

Zum Wort gelangt dann Gemeinderat Biber: Nachdem er einige Sätze gesprochen und dann stockt, sagt Bürgermeister Seitz: Mir scheint, der Herr Gemeinderat Biber ist schon ziemlich ermüdet. Wenn er es wünscht, werde ich diesen Gegenstand von der Tagesordnung absetzen, um ihm Gelegenheit zu bieten, in der nächsten Sitzung seine Ausführungen vorzubringen.

Gemeinderat Biber: Ich bitte darum, Herr Bürgermeister die Sitzung zu unterbrechen.

Bürgermeister Seitz: Ich trage diesem Wunsche Rechnung und schliesse die öffentliche Sitzung. Die restlichen Gegenstände werden in der nächsten Sitzung verhandelt.
